



Christoph Döbele, Nicole Loew

## Zurück in die Zukunft?

Gesellschaftliche Vorstellungen  
für eine Politik nach der Pandemie

FES diskurs

FRIEDRICH  
EBERT   
STIFTUNG

## **FES diskurs**

März 2022

---

### **Die Friedrich-Ebert-Stiftung**

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern;
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

### **Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung**

Die Abteilung Analyse, Planung und Beratung der Friedrich-Ebert-Stiftung versteht sich als Zukunftsradar und Ideenschmiede der Sozialen Demokratie. Sie verknüpft Analyse und Diskussion. Die Abteilung bringt Expertise aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Politik zusammen. Ihr Ziel ist es, politische und gewerkschaftliche Entscheidungsträger\_innen zu aktuellen und zukünftigen Herausforderungen zu beraten und progressive Impulse in die gesellschaftspolitische Debatte einzubringen.

### **FES diskurs**

FES diskurse sind umfangreiche Analysen zu gesellschaftspolitischen Fragestellungen. Auf Grundlage von empirischen Erkenntnissen sprechen sie wissenschaftlich fundierte Handlungsempfehlungen für die Politik aus.

### **Eine Studie von Kantar Public im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung**

#### **Über die Autor\_innen**

Christoph Döbele arbeitet als Senior Consultant in der Politikforschung bei Kantar Public. Auf Grundlage quantitativer und qualitativer Forschung berät er Kund\_innen aus Politik, Gesellschaft und Medien zu relevanten politischen und gesellschaftlichen Fragen. Er studierte Politik- und Wirtschaftswissenschaften sowie Empirische Demokratieforschung in Mainz und Istanbul.

Nicole Loew ist Referentin für Empirische Sozial- und Trendforschung im Referat Analyse und Planung der Friedrich-Ebert-Stiftung. Zuvor arbeitete sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin zu Populismus sowie Wahl- und Einstellungsforschung.

#### **Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich**

Nicole Loew, Arbeitsbereich Empirische Sozial- und Trendforschung,  
Abteilung Analyse, Planung und Beratung.

Christoph Döbele, Nicole Loew

# Zurück in die Zukunft?

Gesellschaftliche Vorstellungen  
für eine Politik nach der Pandemie

- 2 **1 DAS WICHTIGSTE AUF EINEN BLICK**
- 3 **2 EINLEITUNG**
- 5 **3 WIE PRIORISIEREN DIE DEUTSCHEN POLITIKFELDER IN DER PANDEMIE?**
- 7 **4 POLITIKVORSCHLÄGE IM URTEIL DER BÜRGER\_INNEN**
- 14 **5 FAZIT – POSITIONEN DER FES**
- 15 **ANHANG A: UNTERSUCHUNGSANLAGE**
- 16 Abbildungsverzeichnis
- 16 Literaturverzeichnis

# DAS WICHTIGSTE AUF EINEN BLICK

- Die Coronapandemie legte die Stärken und Schwächen unseres Gemeinwesens offen und wirkte damit wie ein Katalysator für wichtige gesellschaftliche Debatten: Wie wollen die Menschen in Deutschland leben? Möchten sie so weiterleben wie bisher? Wo wünscht sich die Bevölkerung infolge der Coronapandemie Veränderungen? Wie weitreichend sollen diese sein? Was soll erhalten bleiben? Inwieweit soll sich die Politik zukünftig an mehr Gemeinwesen, Nachhaltigkeit, sozialer Vorsorge und Wertschätzung für systemrelevante Arbeitsbereiche orientieren? Diese und weitere Fragen standen im Zentrum des Erkenntnisinteresses unserer empirischen Studie.
- Als wichtigste Aufgaben werden eine Gesundheitspolitik, die konsequent am Bedarf der Menschen und nicht an wirtschaftlicher Effizienz ausgerichtet ist, sowie mehr Investitionen in Bildung und Weiterbildung genannt.
- Die Ergebnisse zeigen insbesondere den Wunsch nach einem starken Sozialstaat mit umfangreichen wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, der den Menschen in Krisenzeiten und vor allem auch bei unverschuldeter Not hilft. So sind beispielsweise vier Fünftel der Wahlberechtigten in Deutschland (81 Prozent) der Meinung, dass Arbeitslose direkt vom Staat unterstützt werden sollten, ohne dass sie zuvor die eigenen Ersparnisse aufbrauchen müssen.
- Die Bevölkerung in Deutschland sieht klar die Notwendigkeit für größere Investitionen in die Zukunft des Landes. Drei von fünf Befragten (59 Prozent) halten Zukunftsinvestitionen in Bildung und Infrastruktur für wichtiger als einen ausgeglichenen Haushalt. Knapp zwei von fünf Wahlberechtigten (37 Prozent) sind dagegen der Auffassung, dass Investitionen nicht durch eine höhere Staatsverschuldung finanziert werden sollen.
- In Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter wünschen sich viele Menschen eine aktivere gesetzgebende Rolle der Politik. Drei Viertel der Wahlberechtigten (74 Prozent) sind der Meinung, die Politik sollte dafür sorgen, dass Frauen und Männer in allen Lebensbereichen tatsächlich gleichgestellt sind.
- Auch endet die staatliche Verantwortung aus Sicht der Mehrheit der Bürger\_innen weder an der deutschen noch der europäischen Außengrenze: Menschenrechte, faire Arbeitsbedingungen und Nachhaltigkeit sollten in den internationalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen stärker beachtet und eingefordert werden. Entsprechend sind sechs von zehn Befragten der Meinung (62 Prozent), Deutschland sollte sich konsequenter für Menschenrechte in anderen Ländern einsetzen, auch wenn dies wirtschaftliche Nachteile mit sich bringe.
- Im Bereich innere Sicherheit spricht sich eine Mehrheit der Befragten für die Videoüberwachung an öffentlichen Orten (64 Prozent) und die Deanonymisierung im Internet (83 Prozent) zur besseren Verfolgung von Straftaten aus. In beiden Punkten unterscheiden sich die Präferenzen der Befragten damit deutlich von den Vorhaben der Ampel-Koalition. Hier zeigt sich, dass ein breit angelegter Diskussionsprozess zur inneren Sicherheit und dem Spannungsfeld zwischen Datenschutz, Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und Überwachung unter Einbezug der Bürger\_innen notwendig ist.
- Einer Kostenteilung zwischen Mieter\_in und Vermieter\_in bei Erhöhung der Heizkosten erteilen die Wahlberechtigten im Frühjahr 2021 eine klare Absage. Zwei Drittel (66 Prozent) sprechen sich dafür aus, dass Heizkosten und damit verbundene Kostensteigerungen auch weiterhin vollständig von den Mieter\_innen gezahlt werden. ←



## 2 EINLEITUNG

Der Ausbruch der Coronapandemie stellt die deutsche Gesellschaft vor historische Herausforderungen. Inzwischen hat Covid-19 weit jenseits der virologischen Eindämmung und medizinischen Versorgung auf breiter Front Spuren hinterlassen: allen voran im Lebensalltag der Bürger\_innen, in Kitas, Schulen und Universitäten, in Geschäften und Betrieben, in Büros und Werkhallen, in der Freizeit und schließlich auch im politischen Betrieb.

Sichtbar wurden während der Pandemie die Stärken unseres Gemeinwesens: ein vergleichsweise gut ausgebautes Gesundheitssystem insbesondere im Bereich der Intensivmedizin, ein solidarischer und finanzstarker Steuer- und Wohlfahrtsstaat, ein über weite Strecken trotz aller Kritik funktionierender kooperativer Föderalismus. Hervortraten aber ebenso Schwächen, die vielfach Diskussionen um die künftige Ausrichtung unserer Gesellschaft und die Prioritäten politischer Maßnahmen und Ziele ausgelöst haben. Das gilt für die seit Langem bekannten unterdurchschnittlichen Einkommen bei den in der Pandemie besonders geforderten personennahen Pflege- und Versorgungsdienstleistungen. Es betrifft die deutlichen Defizite in der digitalen Infrastruktur, beispielsweise bei der digitalen Wissensvermittlung und Kontaktverfolgung, ebenso wie Deutschlands Abhängigkeiten von globalen Produktions- und Lieferketten vor allem für wichtige Güter der Daseinsvorsorge im Gesundheitswesen. Dazu gehören aber auch das zu knapp finanzierte Schul- und Bildungssystem, die unbefriedigende Ökologisierung der Wirtschaft und schließlich die inzwischen deutlich sichtbaren Anfälligkeiten von Teilen der Gesellschaft gegenüber Verschwörungserzählungen. So wirkte die Pandemie wie ein Katalysator für zahlreiche gesellschaftliche Debatten, und in vielen Bereichen hat sie die Notwendigkeit für Reformen und Nachholbedarf aufgezeigt. Gleichzeitig sehnen sich nicht wenige gerade durch die extreme Belastungssituation nach ihrem Leben vor der Krise zurück und sehen jede weitere Veränderung eher als Be- denn als Entlastung (Schulz/Faus 2022). Genau hier liegt eine zentrale Heraus-

forderung für die neue Regierung, die seit Dezember 2021 für große Veränderungen eintreten möchte, in einer Zeit, in der ohnehin vieles unsicher erscheint.

So sind Diskussionen über die künftige Ausrichtung von Gesellschaft und Politik, die in einer Demokratie immer des Austauschs zwischen Politik, Wissenschaft und Bevölkerung bedürfen, gerade jetzt von großer Bedeutung. Perspektiven der Bürger\_innen in der Coronakrise für anstehende Gesellschaftsdebatten sichtbar zu machen war deshalb Ziel dieses Forschungsvorhabens von Kantar Public im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES).<sup>1</sup> Im Mittelpunkt standen dabei die Einstellungen der Bevölkerung hinsichtlich neuer und alternativer Politikansätze in verschiedenen Gesellschafts- und Politikbereichen nach und mit den Erfahrungen der Coronapandemie. Bereits im Frühjahr 2021 wurden zahlreiche Themen und Politikideen im Rahmen der hier vorliegenden Studie auf ihre Relevanz hin und ihre Akzeptanz innerhalb der Bevölkerung vermessen. Da die Feldphase vor dem Bundestagswahlkampf stattfand, sind die Ergebnisse ohne eventuelle Priming-Effekte durch den Wahlkampf, die Bundestagswahl und die anschließende Regierungsbildung zu interpretieren.<sup>2</sup>

Möchten die Menschen in Deutschland so weiterleben wie bisher? Wo wünscht sich die Bevölkerung infolge der Coronapandemie Veränderung? Wie weit sollen diese Veränderungen gehen, was möchten sie erhalten? Inwieweit soll sich die Politik zukünftig an mehr Gemeinwesen, Nachhaltigkeit, sozialer Vorsorge und Wertschätzung für systemrelevante Arbeitsbereiche orientieren? Diese und weitere Fragen standen im Zentrum des Erkenntnisinteresses unserer empirischen Studie. Diese Fragen muss sich auch die neue Bundesregierung aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP, die seit dem 8.12.2021 offiziell im Amt ist, stellen. Grundlage ihrer gemeinsamen Regierungsarbeit ist ein Koalitionsvertrag mit dem Titel „Mehr Fortschritt wagen: Bündnis für Freiheit, Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit“. Die neue Bundesregierung

<sup>1</sup> Methodische Grundlage der Studie war eine quantitative Bevölkerungsbefragung unter 2.068 Personen der wahlberechtigten Bevölkerung in Deutschland ab 18 Jahren. Die Befragung wurde vom 23.2.–6.3.2021 durchgeführt. Die Daten wurden im Rahmen einer Mixed-Mode-Stichprobe erhoben, einer Kombination aus telefonischer (CATI) und Onlinebefragung (CAWI). Die telefonischen Interviews waren wiederum jeweils zur Hälfte in Festnetz- und Mobilfunkinterviews gesplittet. Insgesamt 1.350 Wahlberechtigte wurden telefonisch befragt (Zufallsstichprobe nach den Regeln des ADM – Arbeitskreis deutscher Markt- und Sozialforschungsinstitute e. V.), 718 mithilfe eines Onlinepanels (Quotenstichprobe nach den Merkmalen Alter, Geschlecht, Bildung, Bundesland). Die durchschnittliche Befragungsdauer lag bei 25 Minuten. Die Daten wurden sowohl design- als auch faktoriell gewichtet nach Daten der amtlichen Statistik.

<sup>2</sup> Jedes empirische Forschungsvorhaben stellt sowohl aus rein forschungsökonomischen Gründen, aber auch aus grundsätzlichen Begrenzungen bezüglich der Abbildbarkeit gesellschaftlicher Komplexität letztlich eine Fokussierung dar, definiert somit einen spezifischen – im Idealfall gut gewählten – Blickwinkel. In einer einzigen Studie können auch nicht annäherungsweise alle wichtigen aktuellen oder zentralen Zukunftsthemen sowie sämtliche Alternativen auf wichtigen Politikfeldern abgedeckt werden. Entsprechend blieb auch unsere Studie auf ausgewählte Aspekte limitiert.

nimmt also explizit einen besonderen Gestaltungswillen für sich in Anspruch. In einem demokratischen System müssen politische Vorhaben dabei aber auch an den Wahrnehmungen und Bedürfnissen des Souveräns ausgerichtet werden, um Akzeptanz zu gewährleisten: Welche Ideen und konkreten Politikvorschläge sind für wichtige Zukunftsfragen im Urteil der Bürger\_innen besonders relevant, und wie stehen die Bürger\_innen zu richtungsweisenden politischen Entscheidungen?

Die Ergebnisse unserer Befragung zeigen insbesondere den Wunsch nach einem starken Sozialstaat mit umfangreichen wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, der den Menschen in Krisenzeiten und vor allem auch bei unverschuldeter Not hilft. Zudem wird die Notwendigkeit größerer Investitionen in die Zukunft des Landes gesehen. In Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter wünschen sich viele Menschen eine aktivere gesetzgeberische Rolle der Politik. Darüber hinaus endet die staatliche Verantwortung aus Sicht der Mehrheit der Bürger\_innen weder an der deutschen noch an der europäischen Außengrenze: Menschenrechte, faire Arbeitsbedingungen und Nachhaltigkeit sollen in den internationalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen stärker beachtet und eingefordert werden. ←

### 3

# WIE PRIORISIEREN DIE DEUTSCHEN POLITIKFELDER IN DER PANDEMIE?

Im Rahmen unserer Studie wurde zunächst die **Wichtigkeit** verschiedener Themen und Politikvorschläge in der Wahrnehmung der Bevölkerung untersucht, die wir im Folgenden der Einfachheit halber unter dem Begriff „Salienz“ fassen. Um die Wichtigkeit ausgewählter politischer Ideen bzw. deren Priorisierung aus Sicht der Bevölkerung genauer festzustellen, kam der **relationale Ansatz** des sogenannten Maximum-Difference-Scaling<sup>3</sup> zum Einsatz. Dabei wurden die Befragten aufgefordert, aus verschiedenen, im Rahmen eines experimentellen Designs generierten Blöcken mit jeweils drei politischen Zielen das jeweils Wichtigste und das im Vergleich am wenigsten Wichtige zu benennen.

Den höchsten Stellenwert haben für die Befragten „Die Gesundheitspolitik konsequent am Bedarf der Menschen ausrichten und nicht an wirtschaftlicher Effizienz“ (68 Punkte) sowie „Mehr Investitionen in Bildung und Weiterbildung“ (66 Punkte). Am Ende der Priorisierung stehen „Die Gleichberechtigung zwischen Frauen und Männern fördern“ (36 Punkte) sowie „Die Vermögenssteuer in Deutschland wieder einführen“ (29 Punkte).

Mitten in der Covid-19-Pandemie drängen sich einige Themen auf, die den aktuellen Alltag der Menschen in besonderem Ausmaß bestimmen. Die Themen Gesundheit, Bildung und Pflege spielen vor diesem Hintergrund eine besondere Rolle. Neben der genuine Gesundheitskrise hat die Pandemie auch zahlreiche Defizite im Bereich Pflege und Bildung sichtbar gemacht, wie z. B. die Probleme bei der Digitalisierung der Schulen und das Ausmaß des Fachkräftemangels im Pflegebereich. Hinzu kommt ein weiterer Faktor: Jeder Mensch nimmt im Laufe seines Lebens Leistungen des Gesundheitswesens in Anspruch und hat daher Interesse an einer hohen Versorgungsqualität. Der Vorrang einer wirtschaftlichen Effizienzrationalität im Gesundheitswesen wird daher eher mit Sorge gesehen und kann Ängste auslösen.

Es folgen in der Gesamtbetrachtung ebenfalls Themen mit Bezug zu sozialer Gerechtigkeit wie Wohnen und Sozialpolitik. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf kann auch unter dem Aspekt der Gleichstellung betrachtet werden, was die vergleichsweise schlechte Platzierung der Aussage zur Gleichberechtigung der Geschlechter wiederum ein Stück weit relativiert. Die Steuer- und Finanz-

politik steht mit den Plätzen sieben und elf weniger im Vordergrund, genau wie die Dimensionen innere Sicherheit und Umweltechnologien. Unklar bleibt derzeit, wie stabil die aktuell wichtigsten drei Bereiche nach der Pandemie im Fokus der Bevölkerung bleiben. Es ist durchaus möglich, dass zum Beispiel sozial- oder klimapolitische Aspekte nach der Pandemie in ihrer Relevanzzuschreibung (wieder) zunehmen.

Das Ranking der Handlungsfelder bleibt über alle in die Analyse einbezogenen Teilgruppen ziemlich stabil – auch wenn bei den Untergruppen einzelne Ziele den Platz tauschen können oder in Ausnahmefällen mehrere Plätze im Ranking auf- bzw. absteigen. So hat beispielsweise die Aussage „Mehr Investitionen in Bildung und Weiterbildung“ für junge Menschen von 18 bis 34 Jahren, die sich teilweise selbst noch in Ausbildung befinden, den absolut höchsten Stellenwert. Gleiches trifft für Menschen von 35 bis 49 Jahren zu, die häufig Kinder im Schulalter haben. Insgesamt führen solche besonderen Relevanzzuschreibungen jedoch über alle Gruppen hinweg nur zu geringen Verschiebungen.

Dennoch lässt sich auf individueller Ebene erkennen, dass der mögliche Wertebereich von 0 bis 100 Punkten voll ausgereizt ist. Auf kumulierter Ebene gleicht sich die Priorisierung der Teilgruppen wiederum stark an. Dabei muss betont werden, dass es sich hierbei um eine relationale Betrachtung handelt, das heißt, mit anderen bzw. weiteren politischen Zielen hätte das Ranking vermutlich anders ausgesehen. Die Verdichtung auf etwa 40 Punkte der Werteskala spricht dafür, dass es den Befragten vergleichsweise schwerfällt, die einbezogenen Politikvorschläge nach Wichtigkeit zu sortieren. Dies kann als Indiz betrachtet werden, dass die Vorschlagsliste insgesamt viele wichtige Bereiche und Themen der Bevölkerung abdeckt.

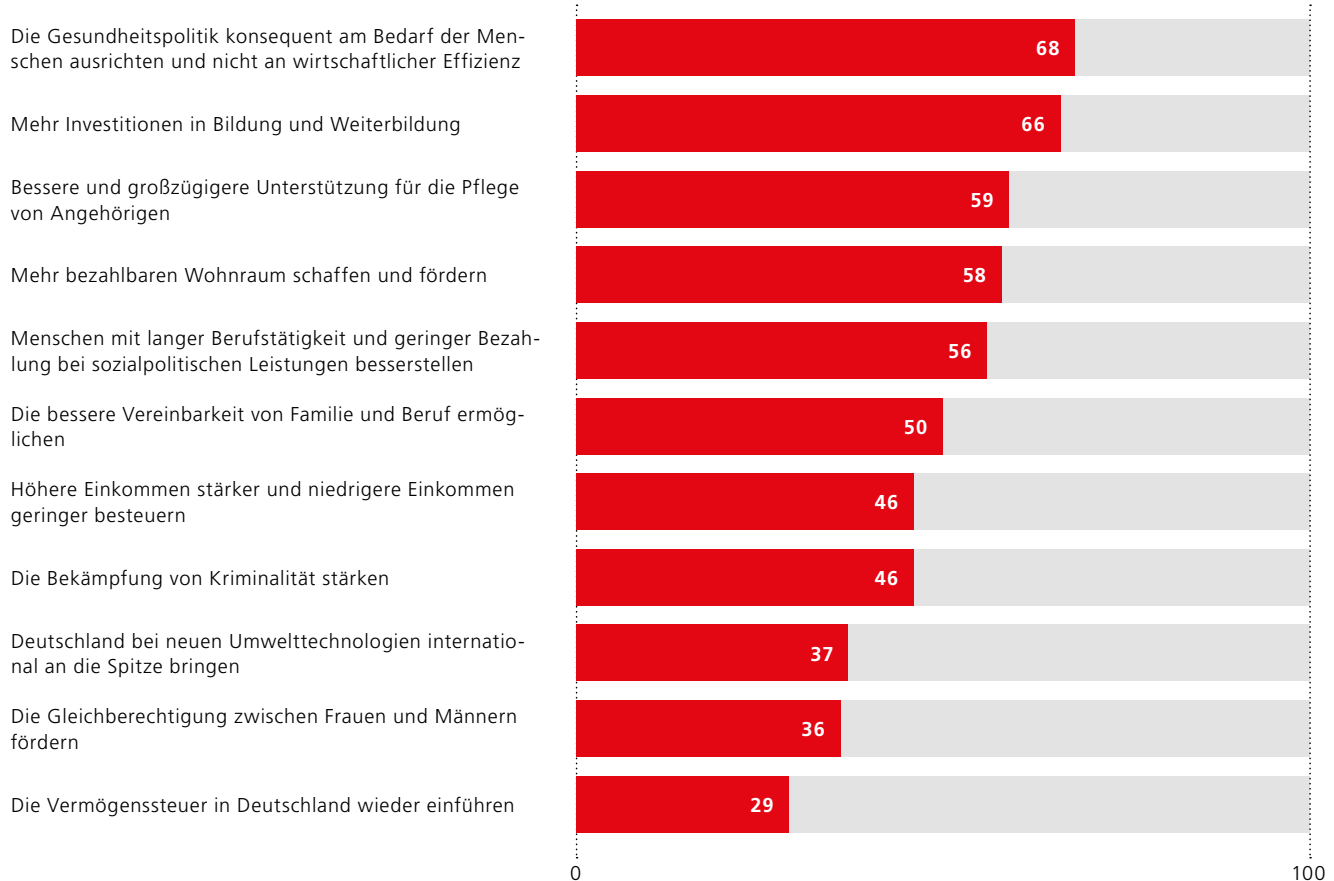
Interessant erscheint zudem die differenzierte Betrachtung des Relevanzniveaus, das ausgewählten Handlungsfeldern in den Bevölkerungsgruppen zugeschrieben wird. So zeigt sich beispielsweise, dass mit zunehmender formaler Bildung der Befragten der Wertebereich stärker ausgenutzt wurde: Während sich die elf Politikideen bei Menschen mit formal niedriger Bildung zwischen 30 und 63 Punkten bewegen, verteilen sich die Aussagen bei

**3** Durch multivariate Berechnungen wurde den Befragten für jedes der insgesamt elf abgefragten Ziele ein Wert zwischen 0 und 100 zugewiesen, sodass sowohl auf individueller als auch auf kumulierter Ebene ein Ranking der Handlungsfelder möglich ist. Dabei ist die Höhe der Ausprägung ein Maß für die relative Bedeutung des jeweiligen politischen Ziels. Durch dieses Vorgehen wird ein in der Surveyforschung nicht selten zu beobachtendes Problem obsolet, demzufolge bei einer Abfrage der absoluten Wichtigkeit („Wie wichtig ist Ihnen ...?“) häufig eine hohe und für die Erklärung beispielsweise der Wahlneigung oder des Wahlverhaltens zu hohe Anzahl von einzelnen Themen (oder Politikfeldern oder eben konkreten politischen Vorschlägen) mit hoher Bedeutung zutage liefert. Zudem sind bei solchen direkten Formen der Abfrage die Abstände zwischen den einzelnen Aspekten statistisch nicht interpretierbar (nichtmetrisches Skalenniveau).

## Salienz politischer Ideen

**Frage 10:**

Es folgen nun nacheinander immer drei politische Ziele. Bitte sagen Sie mir jeweils, welches dieser drei Ziele Sie am wichtigsten und welches am wenigsten wichtig finden.



Quelle: Kantar Public.

Menschen mit formal hoher Bildung auf einen Wertebereich von 27 bis 73 Punkten. Letztere priorisieren also stärker und weisen einzelnen Punkte absolut betrachtet eine höhere Relevanz zu. Gesundheitspolitik ist z. B. in beiden Gruppen an erster bzw. zweiter Stelle, die formal hoch Gebildeten weisen ihr mit 73 Punkten jedoch eine höhere absolute Relevanz zu als formal niedrig Gebildete mit 62 Punkten. Menschen mit formal niedriger Bildung fällt es also spürbar schwerer, zwischen den vorgeschlagenen Politikansätzen zu priorisieren. Auch das ist ein Hinweis darauf, wie wichtig eine verständlich erklärende politische Kommunikation für den politischen Alltag vieler Menschen sein kann.

Abschließend ist noch einmal zu betonen, dass die Politikvorhaben, die in der Salienz-Verortung weiter unten rangieren, nicht als unwichtig abgetan werden können. Aufgrund der relationalen Betrachtung kann man jedoch festhalten, dass Ideen mit stärkerer Ausprägung im Vergleich noch wichtiger sind – der auf kumulierter Ebene insgesamt

enge Wertebereich verdeutlicht dies zusätzlich. Anstatt gewisse politische Ideen auszuschließen, kann eine solche Liste vielmehr bei der Priorisierung der Abarbeitung politischer Vorhaben dienen. ←



# 4

# POLITIKVORSCHLÄGE IM URTEIL DER BÜRGER\_INNEN

Politische Entscheidungen zeichnen sich fast immer durch eine Vielzahl an Möglichkeiten aus, die ihnen vorausgegangen sind. Es gibt nicht nur einen Weg, den man gehen kann, vielmehr können meist konträre Richtungen eingeschlagen werden, um ein Problem politisch zu lösen. Dabei fließt eine Vielzahl von Faktoren in die politische Entscheidungsfindung mit ein – auch die politische Stimmung in der Bevölkerung oder der eigenen Wählerschaft spielt für Politiker\_innen dabei eine Rolle. Um die Stimmung innerhalb einzelner Themenfelder an konkreten politischen Vorschlägen abzubilden, wurden neben der Wichtigkeit verschiedener Politikideen hier deshalb auch 16 Aussagenpaare mit alternativen politischen Forderungen in unterschiedlichen Bereichen untersucht. Diese Alternativpaare wurden auf Basis einer Vorlage der FES erstellt. Es handelt sich dabei jeweils um zwei möglichst präzise alternative politische Vorschläge, die nicht den Anspruch erheben, ein echtes Gegensatzpaar darzustellen, sondern unterschiedliche Positionen innerhalb der jeweiligen politischen Debatte abbilden. Selbstverständlich kann im Rahmen zweier Aussagen auch nur ein begrenzter Ausschnitt der zur Debatte stehenden Möglichkeiten untersucht werden.

## INVESTITIONEN UND VERSCHULDUNG

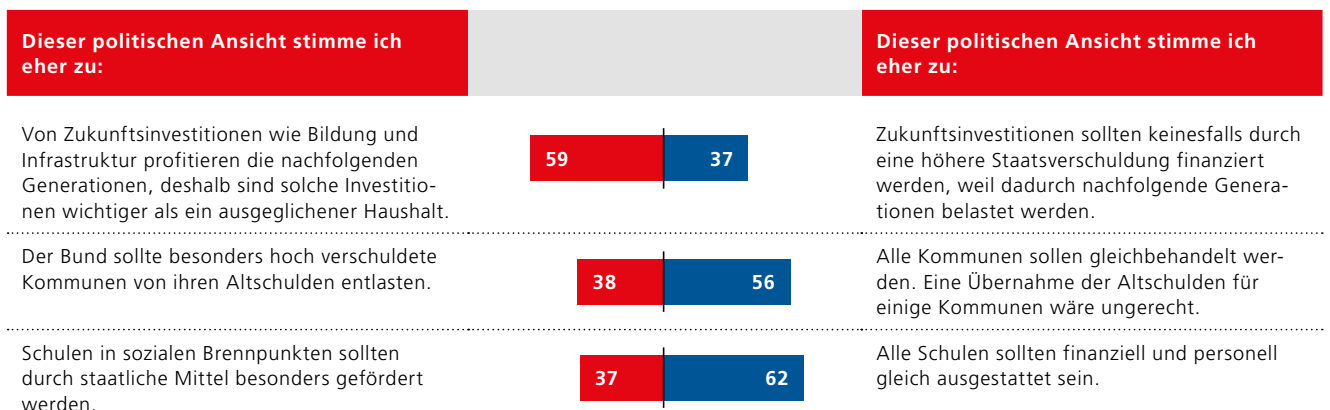
Im Bereich **Finanz- und Haushaltspolitik** zeigt sich ein heterogenes Bild. Auf der einen Seite sprechen sich drei von fünf Befragten (59 Prozent) für mehr **Zukunftsinvestitionen** aus, z. B. in Bezug auf Bildung und Infrastruktur, da nachfolgende Generationen davon stärker profitieren würden als von einem ausgeglichenen Haushalt. Knapp zwei von fünf Wahlberechtigten sind dagegen der Auffassung, dass Investitionen nicht durch höhere Staatsverschuldung finanziert werden sollen, da dies nachfolgende Generationen belastet (37 Prozent). Während Menschen mit niedriger Bildung in dieser Frage gespalten sind (48 vs. 46 Prozent), sprechen sich höher gebildete Menschen klar für Investitionen und gegen die sogenannte „Schwarze Null“ aus (72 vs. 25 Prozent). Angesicht der anhaltenden pandemischen Lage soll die Schuldenbremse erst ab 2023 laut Koalitionsvertrag wieder eingehalten werden. Bis dahin sind kreditfinanzierte Investitionen möglich, ohne dass die Schuldenbremse verletzt wird. Um auch in den Jahren 2023ff. zusätzliche Klimaschutzmaßnahmen und Maßnahmen zur Transformation der deutschen Wirtschaft

ABB. 2

### Alternative Politikideen Investitionen und Verschuldung

**Frage:**  
Im Folgenden finden Sie unterschiedliche Ansichten zur Politik. Welcher der beiden Ansichten stimmen Sie jeweils eher zu?

Angaben in Prozent  
Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe



Quelle: Kantar Public.

im notwendigen Umfang finanzieren zu können, soll laut Koalitionsvertrag der Energie- und Transformationsfonds in 2021 und 2022 mit weiteren hohen Kreditbeträgen befüllt werden. Zugleich sollen laut Koalitionsvertrag öffentliche Unternehmen, z. B. die Deutsche Bahn oder die Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, die nicht unter die Schuldenbremse fallen, finanziell gestärkt werden, sodass diese in den kommenden Jahren ebenfalls noch mehr Zukunftsinvestitionen über den Kreditweg tätigen können.

Mit Blick auf die Verschuldung der Kommunen ist eine Mehrheit der Wahlberechtigten (56 Prozent) der Meinung, dass alle Kommunen gleichbehandelt werden sollten: Die Übernahme von **Altschulden** durch den Bund für einige **Kommunen** wird in dieser Gruppe als eher ungerade wahrgenommen. Dem halten 38 Prozent entgegen, dass der Bund die Altschulden von besonders hoch verschuldeten Kommunen übernehmen sollte. Während sich Befragte mit formal niedriger und mittlerer Bildung mehrheitlich gegen die Begleichung der Schulden aussprechen, ist das Stimmungsbild bei formal hoher Bildung ambivalent (47 Prozent Schuldenübernahme vs. 45 Prozent keine Übernahme durch den Bund). In Großstädten sprechen sich mehr Menschen für eine Schuldenübernahme aus (44 Prozent) als in ländlichen Regionen und kleineren Städten (36 Prozent). Der Plan der Bundesregierung, Kommunen mit hohen Altschulden zu entlasten, dürfte je nach genauer Ausgestaltung unseren Ergebnissen nach nicht nur auf Zustimmung in der Bevölkerung stoßen.

Mit dem Digitalpakt Schule will die neue Koalition die Versäumnisse aufholen, die während der Pandemie mit Blick auf die nicht vorhandene Digitalisierung deutscher Klassenzimmer sichtbar wurden. Da nicht alle Schulen gleichzeitig gefördert werden können, stellt sich die Frage, wie der weitreichende Nachholbedarf organisiert werden soll? Bei Investitionen im Bildungsbereich, speziell was die **Förderung von Schulen** anbelangt, spricht sich die Mehrheit für eine Schulförderung im Sinne des Gleichheitsprinzips aus: Drei von fünf Befragten (62 Prozent) teilen die Auffassung, alle Schulen sollten finanziell und personell gleich ausgestattet sein. Etwas mehr als ein Drittel (37 Prozent) sieht dagegen die Notwendigkeit, Schulen in sozialen Brennpunkten durch staatliche Mittel besonders zu fördern. Ostdeutsche sprechen sich tendenziell häufiger für eine gleiche Ausstattung aller Schulen aus (69 Prozent) als Menschen in Westdeutschland (60 Prozent). Jüngere Kohorten sprechen sich eher für eine individuelle Förderung aus (18–34 Jahre: 43 Prozent, 35–49 Jahre: 42 Prozent), unter älteren Befragten nimmt diese Ansicht ab (50–64 Jahre: 36 Prozent, 65+ Jahre: 29 Prozent). Mit steigender formaler Bildung steigt auch die Zustimmung zur individuellen Förderung von Schulen nach Bedarf (niedrige Bildung: 26 Prozent, hohe Bildung: 54 Prozent). Menschen in Großstädten sehen den Bedarf einer Brennpunktförderung tendenziell auch in stärkerem Maße (42 Prozent) als Befragte aus dem ländlichen Raum (34 Prozent). Dies dürfte daran liegen, dass es im urbanen Bereich häufiger soziale Brennpunkte gibt.

## WOHLFAHRTSSTAATLICHE LEISTUNGEN

Im Bereich **wohlfahrtsstaatlicher Leistungen** wünschen sich viele Wahlberechtigte einen umfassenden Sozialstaat.<sup>4</sup> Vier Fünftel der Wahlberechtigten in Deutschland (81 Prozent) sind der Meinung, dass **Arbeitslose** direkt vom Staat unterstützt werden sollen, ohne dass sie zuvor die eigenen Ersparnisse aufbrauchen müssen. Nur 16 Prozent teilen demgegenüber die Auffassung, dass zunächst die eigenen Ersparnisse aufgebraucht werden müssen, bevor infolge von Arbeitslosigkeit Anspruch auf Unterstützung vom Staat besteht. Diese Ansicht ist über alle soziodemografischen Teilgruppen stabil und stimmt auch mit den Plänen der neuen Regierung zur Schaffung eines Bürgergeldes überein.

Drei von fünf Befragten orientieren sich beim Kindergeld am Bedarfsprinzip: Sie teilen die Auffassung, dass sich die **Höhe des Kindergelds** reziprok zum Einkommen der Eltern verhalten soll (61 Prozent). Zwei von fünf sind der Meinung, dieses solle für alle gleich hoch sein (38 Prozent). Befragte in Ostdeutschland stimmen einer einheitlichen Höhe des Kindergelds tendenziell häufiger zu (44 Prozent) als Befragte in Westdeutschland (37 Prozent). Während die jüngeren Altersgruppen in dieser Frage gespalten sind (18–34 Jahre: 49 vs. 50 Prozent; 35–49 Jahre: 50 vs. 49 Prozent), verlagert sich die Meinung bei älteren Befragten deutlich zugunsten des einkommensabhängigen Kindergeldes (50–64 Jahre: 34 Prozent unabhängig vs. 65 Prozent abhängig vom Einkommen; 65+ Jahre: 24 vs. 74 Prozent). Bildungsunterschiede sind hier nur binär erkennbar, zwischen Menschen mit niedriger formaler Bildung (68 Prozent für einkommensabhängiges Kindergeld) und den Gruppen mit mittlerer (56 Prozent) und hoher formaler Bildung (58 Prozent). Menschen mit geringerem Einkommen stimmen der Forderung nach einkommensabhängigem Kindergeld häufiger zu (64 Prozent) als Befragte mit hohem Einkommen (56 Prozent). Sind Kinder im eigenen Haushalt, so werden beide Forderungen etwa gleich häufig bejaht (52 Prozent unabhängig vs. 48 Prozent abhängig vom Einkommen). Menschen ohne Kinder im Haushalt stimmen (mit 35 vs. 64 Prozent) häufiger der Aussage zu, das Kindergeld solle sich am Einkommen der Eltern ausrichten.

## GLEICHSTELLUNG

Der Bereich **Gleichstellung** zeichnet ein deutliches Bild und gleichzeitig einen klaren Handlungsauftrag an die Politik: Drei Viertel der Wahlberechtigten (74 Prozent) sind der Meinung, die Politik sollte dafür sorgen, dass **Frauen und Männer** in allen Lebensbereichen **tatsächlich gleichgestellt** sind. Nur ein Viertel (24 Prozent) ist der Auffassung, die Politik sollte keine Gesetze oder Quoten erlassen, sondern die Gleichstellung der Gesellschaft und Wirtschaft überlassen. Frauen (79 Prozent) sehen dabei häufiger einen Handlungsdruck seitens der Politik als

<sup>4</sup> Dieses Ergebnis bestätigt empirische Befunde, die wir bereits in früheren Studien festgestellt haben (siehe z. B. Heinrich et al. 2017).

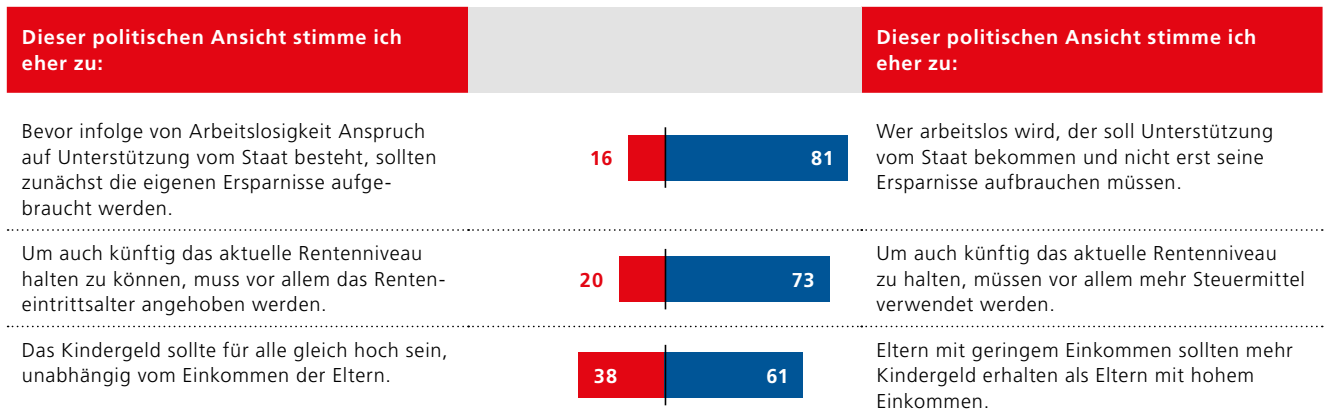
**ABB. 3**

### Alternative Politikideen

#### Wohlfahrtsstaatliche Leistungen

**Frage:**  
**Im Folgenden finden Sie unterschiedliche Ansichten zur Politik. Welcher der beiden Ansichten stimmen Sie jeweils eher zu?**

**Angaben in Prozent**  
**Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe**



Quelle: Kantar Public.

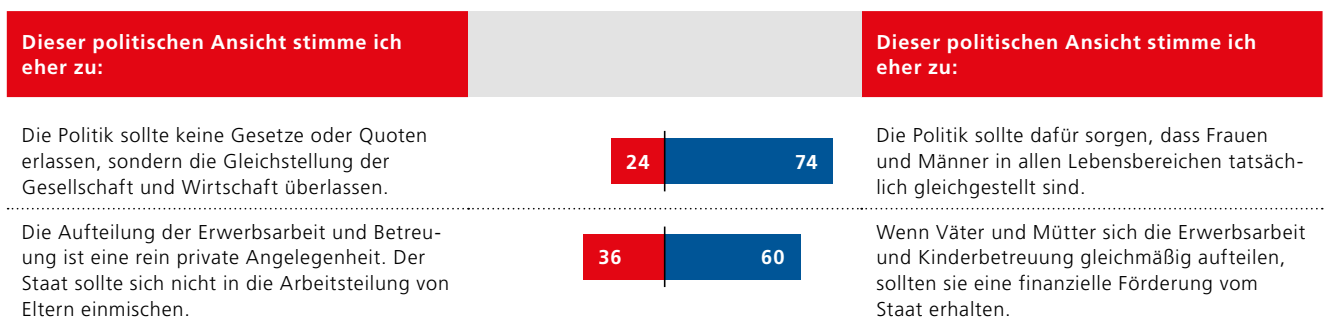
**ABB. 4**

### Alternative Politikideen

#### Gleichstellung

**Frage:**  
**Im Folgenden finden Sie unterschiedliche Ansichten zur Politik. Welcher der beiden Ansichten stimmen Sie jeweils eher zu?**

**Angaben in Prozent**  
**Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe**



Quelle: Kantar Public.

Männer (69 Prozent).<sup>5</sup> Ansonsten ist die Zustimmung in allen soziodemografischen Teilgruppen auf ähnlich hohem Niveau.

Vor dem Hintergrund der Covid-19-Pandemie gibt es einige Befunde anderer Studien von Kantar Public, die darauf hindeuten, dass die Ungleichheit zwischen den Geschlechtern in der Krise zugenommen hat (vgl. beispiels-

weise Hans-Böckler-Stiftung 2021). Umso dringender scheint es, aktiv politisch gegenzusteuern, was – wie eben betrachtet – von großen Teilen der Bevölkerung begrüßt wird. Der Koalitionsvertrag setzt sich zum Ziel, in den nächsten zehn Jahren Geschlechtergerechtigkeit zu realisieren. Um dieses Ziel zu erreichen, möchte die neue Bundesregierung vor allem den „Gap“ in der unbezahlten

<sup>5</sup> Dieses Ergebnis bestätigt empirische Befunde, die wir bereits in früheren Studien festgestellt haben (siehe z. B. Kantar Public 2021).

Sorge- und bezahlten Erwerbsarbeit schließen. Eine Mehrheit der Befragten (60 Prozent) gibt an, dass der Staat Paare fördern soll, die Erwerbsarbeit und Kinderbetreuung partnerschaftlich aufteilen. Der Koalitionsvertrag versucht, hier neue Anreize zu liefern: Für die Zeit direkt nach der Geburt eines Kindes ist eine zweiwöchige vergütete Freistellung für die Partnerin oder den Partner vorgesehen. Zudem soll ein zusätzlicher, übertragbarer Partnermonat im Elterngeld geschaffen werden.

## WIRTSCHAFTS- UND HANDELPOLITIK

In Fragen der **Wirtschafts- und Handelspolitik** sprechen sich große Teile der Bevölkerung dafür aus, unsere internationale Wirtschafts- und Handelspolitik nicht ausschließlich nach rein wirtschaftlichen Interessen auszurichten.

Sechs von zehn Befragten sind der Meinung (62 Prozent), Deutschland sollte sich konsequenter für **Menschenrechte** in anderen Ländern einsetzen, auch wenn dies wirtschaftliche Nachteile mit sich bringe. Ein Drittel unterstützt im Umkehrschluss (33 Prozent), dass die Verletzung von Menschenrechten in anderen Ländern besser unausgesprochen bleiben sollte, wenn wirtschaftliche Nachteile im Raum stehen. In anderen Worten sind drei Fünftel der Wahlberechtigten in Deutschland nach eigener Aussage bereit, für die Sicherstellung von Menschenrechten wirtschaftliche Nachteile in Kauf zu nehmen, ein Drittel sieht wirtschaftliche Vorteile wichtiger an als Menschenrechte.<sup>6</sup> Der stärkste Unterschied zeigt sich entlang des Bildungsniveaus: Während sich lediglich die Hälfte der Befragten mit formal niedriger Bildung für die Stärkung von Menschenrechten ausspricht (49 Prozent), sind es unter denen mit formal hoher Bildung drei Viertel (77 Prozent). Ähnliche Effekte sehen wir in Bezug auf das Einkommen. Dies scheint plausibel, da insbesondere Menschen mit niedrigerem Verdienst Sorge haben, von wirtschaftlichen Nachteilen schneller erfasst zu werden. Das Stimmungsbild insgesamt deckt sich mit den Plänen im Koalitionsvertrag. Die beteiligten Parteien unterstützen die Einführung eines wirksamen EU-Lieferkettengesetzes, basierend auf den UN-Leitprinzipien Wirtschaft und Menschenrechte. Das Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten in Lieferketten soll unverändert umgesetzt und gegebenenfalls verbessert werden.

Ein ähnliches Bild zeigt sich bei der Frage nach den Inhalten von Handelsverträgen. Sieben von zehn Befragten (69 Prozent) sind der Meinung, Deutschland solle sich dafür einsetzen, dass Aspekte wie **Klimaschutz** und **faire Arbeitsbedingungen** in **EU-Handelsabkommen** rechtlich verbindlich vereinbart werden. Jede\_r Vierte (26 Prozent) ist dagegen der Auffassung, dass Handelsverträge den wirtschaftlichen Handel mit anderen Ländern regeln und erleichtern sollen und andere Aspekte nicht Bestandteil solcher Verträge sein sollten. Auch hier lassen sich erwartbare Bildungs- und Einkommenseffekte feststellen: Während drei Fünftel der Befragten mit formal niedriger

Bildung (61 Prozent) auch Klima- und Arbeitsbedingungen in Handelsverträgen inkludiert sehen wollen, sind es unter den mit formal hoher Bildung vier Fünftel (81 Prozent).

### FES-POSITION

Im Koalitionsvertrag sprechen sich die beteiligten Parteien nicht nur gegen Protektionismus und unfaire Handelspraktiken aus, sondern der regelbasierte Freihandel soll auf Grundlage fairer sozialer, ökologischer und menschenrechtlicher Standards gestärkt werden. Zukünftig abzuschließende EU-Handelsabkommen sollen daher hohe und effektive Sozial-, Umwelt- und Menschenrechtsschutzstandards beinhalten.

## INNERE SICHERHEIT

Im Bereich **innere Sicherheit** sprechen sich viele Wahlberechtigte für weitere Maßnahmen in der Verbrechensbekämpfung aus. So stimmen etwa zwei Drittel (64 Prozent) der Aussage zu, **Videoüberwachung** an zentralen und kriminalitätsbelasteten Orten sollte zukünftig auch mit automatischer **Gesichtserkennung** möglich sein. Nur ein Drittel (34 Prozent) sieht darin vor allem einen unzulässigen Eingriff in die Persönlichkeitsrechte. Die Bewertung dieser beiden Aussagen korreliert dabei stark mit Alter und Bildung. Während jüngere Altersgruppen die Videoüberwachung weniger stark präferieren (18–34 Jahre: 54 Prozent, 35–49 Jahre: 59 Prozent) sprechen sich ältere Kohorten spürbar stärker dafür aus (50–64 Jahre: 72 Prozent, 65+ Jahre: 67 Prozent). Dagegen nimmt die Zustimmung mit zunehmender formaler Bildung ab, von 71 Prozent bei niedriger Bildung bis 54 Prozent Zustimmung bei hoher Bildung.

Auch in Bezug auf Internetkriminalität fordern viele Befragte einen restriktiveren Kurs. So spricht sich eine deutliche Mehrheit für die **Aufhebung der Anonymität bei Straftaten im Netz** aus (83 Prozent). Nur jede\_r Siebte (14 Prozent) möchte, dass die Anonymität im Internet gewahrt bleibt, auch wenn dies die Verfolgung von Straftaten erschweren würde. Frauen befürworten die Strafverfolgung in noch stärkerem Maße als Männer (88 vs. 78 Prozent). Jüngere Befragte von 18–34 Jahren sprechen sich dagegen etwas stärker für die Anonymität im Internet aus (26 Prozent), allerdings sind auch sie mehrheitlich für eine Aufhebung derselben zum Zwecke der Strafverfolgung (71 Prozent). Alle Teilgruppen sind klar mehrheitlich der Auffassung, dass das Internet kein rechtsfreier Raum sein darf, und präferieren die Deanonymisierung zur besseren Nachverfolgung von Straftaten im Internet. Sowohl der Aspekt der Deanonymisierung als auch die automatisierte biometrische Videoüberwachung sind allerdings von hoher Grundrechtssensibilität. Die Tatsache, dass die

<sup>6</sup> Der Effekt sozialer Erwünschtheit kann bei diesem Alternativpaar nicht quantifiziert werden.

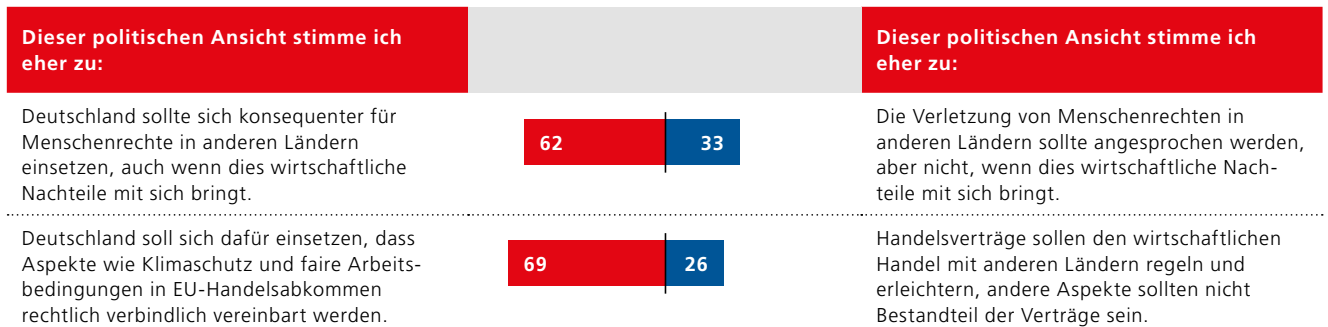
ABB. 5

### Alternative Politikideen

#### Wirtschafts- und Handelspolitik

**Frage:**  
**Im Folgenden finden Sie unterschiedliche Ansichten zur Politik. Welcher der beiden Ansichten stimmen Sie jeweils eher zu?**

**Angaben in Prozent**  
**Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe**



Quelle: Kantar Public.

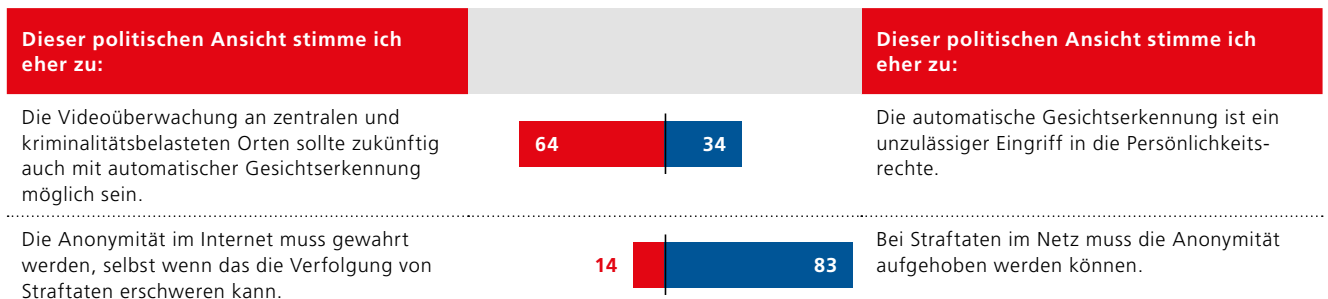
ABB. 6

### Alternative Politikideen

#### Innere Sicherheit

**Frage:**  
**Im Folgenden finden Sie unterschiedliche Ansichten zur Politik. Welcher der beiden Ansichten stimmen Sie jeweils eher zu?**

**Angaben in Prozent**  
**Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe**



Quelle: Kantar Public.

Befragten trotz der bekannten Risiken für den Datenschutz solche Mittel mittragen würden, könnte auch indirekt als Ausdruck des Vertrauens in die Arbeit der staatlichen Sicherheitsinstitutionen gewertet werden.

Im Hinblick auf die Deanonymisierung hat die Ampel-Koalition sich darauf geeinigt, das Instrument einer Login-Falle einzuführen, um eine Strafverfolgung auch online zu ermöglichen. Die automatisierte biometrische Videoüberwachung hat die Ampel-Koalition hingegen explizit abgelehnt.

Angesichts der Studienergebnisse sollte die Bundesregierung gerade in diesem Politikfeld darauf achten, die

Bürger\_innen bei der Politikgestaltung mitzunehmen. Ein breit angelegter Diskussionsprozess zur inneren Sicherheit und dem Spannungsfeld zwischen Datenschutz, Gefahrenabwehr, Strafverfolgung und Überwachung sollte nicht nur in Fachkreisen, sondern auch in der breiten Öffentlichkeit geführt werden. Die anstehende Debatte rund um die im Koalitionsvertrag vereinbarte Überwachungsgesamtrechnung in 2023 und den nächsten Periodischen Sicherheitsbericht wären gute Anlässe dafür, einen solchen Dialog auf Basis aktueller Fakten zu führen.



## Alternative Politikideen

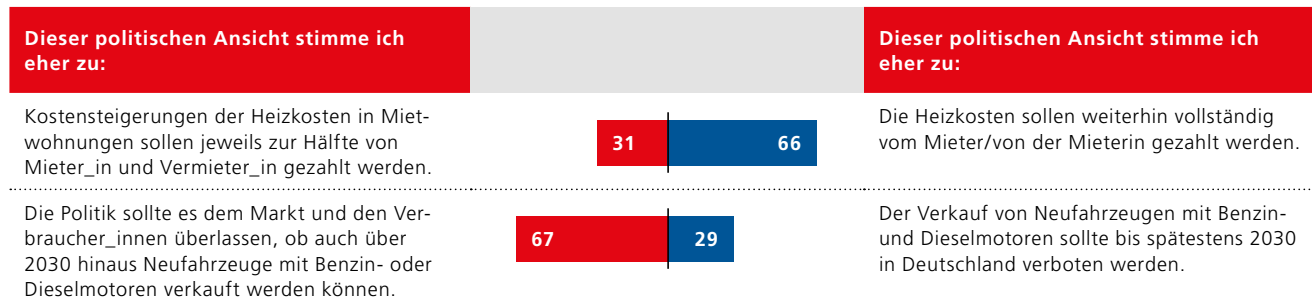
### Wohnen und Verkehr

**Frage:**

Im Folgenden finden Sie unterschiedliche Ansichten zur Politik. Welcher der beiden Ansichten stimmen Sie jeweils eher zu?

**Angaben in Prozent**

Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht/keine Angabe



Quelle: Kantar Public.

## WOHNEN UND VERKEHR

Einer **Kostenteilung** zwischen **Mieter\_in** und **Vermieter\_in** bei Erhöhung der Heizkosten erteilen die Wahlberechtigten im Frühjahr 2021 eine klare Absage. Nur knapp ein Drittel wünscht sich, dass diese Kostensteigerungen zwischen Mieter\_in und Vermieter\_in geteilt werden (31 Prozent). Zwei Drittel (66 Prozent) sprechen sich dafür aus, dass Heizkosten und damit verbundene Kostensteigerungen auch weiterhin vollständig von den Mieter\_innen gezahlt werden. Sie orientieren sich damit ganz offensichtlich am direkten Verursacherprinzip<sup>7</sup>: Wer heizt, soll auch dafür bezahlen. Im Detail zeigen sich erwartbare Effekte des Haushaltseinkommens: Menschen mit einem vergleichsweise geringen Haushaltseinkommen (bis 1.500 Euro) stimmen der Idee der Kostenteilung häufiger zu (39 Prozent), allerdings ist auch diese Gruppe mehrheitlich für den Status quo (58 Prozent). Unabhängig vom Einkommen zeigt sich ein Alterseffekt: Während sich die jüngste Alterskohorte von 18–34 Jahren ambivalent äußert (48 Prozent für Kostenteilung vs. 47 Prozent für Status quo), zeigt sich mit zunehmendem Alter eine klare Priorisierung für den Status quo. Nur ein Fünftel der ältesten Kohorte ab 65 Jahren möchte die Kostenteilung (21 Prozent), drei Viertel lehnen diesen Vorschlag ab (76 Prozent). In Großstädten findet die Idee der Kostenteilung größeren Zuspruch (36 Prozent) als auf dem Land (25 Prozent). Dies dürfte daran liegen, dass es in Großstädten deutlich mehr Mietwohnungen gibt und das Thema dort daher relevanter ist. Hierfür spricht auch der deutliche Unterschied zwischen Mieter\_innen und Eigentumsbesitzer\_innen. Während knapp die Hälfte der Mieter\_innen eine Kostenteilung begrüßen würde (44 Pro-

zent), wird das von Befragten im Eigenheim nur zu einem Fünftel mitgetragen (19 Prozent).

### FES-POSITION

Dieses Ergebnis ist wenig verwunderlich, da Menschen mit geringeren Einkommen stärker belastet werden als wohlhabendere Haushalte. Ihre Energiekosten machen einen prozentual deutlich größeren Anteil am Haushaltseinkommen aus. Um sozial gerechten Klimaschutz und echte CO<sub>2</sub>-Einsparungen im Gebäudebereich zu erreichen, ist die Aufteilung der Heizkosten durch beispielsweise eine Teilwarmmiete sowie die Aufteilung des zusätzlich zu den Heizkosten zu zahlenden CO<sub>2</sub>-Preises ein wichtiger Hebel, wie er auch im Koalitionsvertrag der Ampelparteien festgeschrieben wurde. Denn nur dadurch entsteht aufseiten der Vermietenden der Anreiz, Verbesserungen zur Minderung von Treibhausgasemissionen, wie beispielsweise den Einbau einer sparsameren Heizung, vorzunehmen. Die Mieter\_innen haben in der Regel keinen Einfluss darauf, welche Heizung in ihrem Wohnhaus verbaut ist. Das heißt, solange die Brennstoffkosten an die Mieter\_innen durchgereicht werden, kann sich keine Anreizwirkung steigender CO<sub>2</sub>-Preise im Mietsektor entfalten (Klinski et al. 2021; Venjakob/Wagner 2021). Die Ergebnisse machen aber auch klar, dass dieser Zusammenhang klarer kommuniziert werden muss: dass Mietende eben gerade nicht vollständig für die Höhe ihrer Heizkosten verantwortlich sind.

<sup>7</sup> Im Vergleich zum indirekten Verursacherprinzip, wonach Vermieter\_innen die Art der Heizungsanlage bestimmen und die Heizkosten damit strukturell beeinflussen können.

Zwei Drittel der Befragten sind der Meinung (67 Prozent), die Politik sollte es dem Markt und den Verbraucher\_innen in Deutschland überlassen, ob auch über 2030 hinaus Neufahrzeuge mit **Benzin- und Dieselmotoren** verkauft werden können. Nur drei von zehn Wahlberechtigten (29 Prozent) denken, dass der Verkauf von Neufahrzeugen mit Benzin- und Dieselmotoren bis spätestens 2030 in Deutschland verboten werden sollte. Der sichtbare Bildungseffekt verläuft nicht linear über die drei Bildungsgruppen, sondern unterteilt sich in ein nahezu gleiches Stimmungsbild für formal niedrig (25 Prozent für Verbot) und mittel Gebildete (24 Prozent) auf der einen Seite und formal hoch Gebildete (38 Prozent) auf der anderen Seite. Menschen auf dem Land stehen einem Verbot deutlich kritischer gegenüber (nur 24 Prozent Zustimmung für Verbot) als Menschen in Großstädten (36 Prozent), wo der öffentliche Nahverkehr in der Regel deutlich besser ausgebaut ist und damit alltagstaugliche Alternativen zur Verfügung stehen.

#### FES-POSITION

Gemäß den Vorschlägen der Europäischen Kommission im Verkehrsbereich sollen in Europa 2035 nur noch CO<sub>2</sub>-neutrale Fahrzeuge zugelassen werden, 2030 sollen in Deutschland bereits 15 Millionen Elektroautos auf der Straße sein, so steht es im Koalitionsvertrag. Gleichzeitig haben bereits einige große Automobilhersteller angekündigt, den vollständigen Umstieg auf Elektromobilität bis zum Ende des Jahrzehnts erreichen zu wollen (bspw. Mercedes-Benz). Wichtig ist die Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises auf Kraftstoffe mit entsprechenden Entlastungsmechanismen für Haushalte mit geringeren Einkommen, die auf das Auto angewiesen sind, zu begleiten, wie beispielsweise durch die bereits eingeführte Mobilitätsprämie oder durch eine als zielgerichteter erachtete Pro-Kopf-Pauschale an alle Bürger\_innen (Venjakob/Wagner 2021). ←

# 5 FAZIT – POSITIONEN DER FES

Insgesamt lässt sich unter dem Eindruck der Coronapandemie der Wunsch nach einem starken Sozialstaat mit umfangreichen wohlfahrtsstaatlichen Leistungen erkennen, der den Menschen in Krisenzeiten und insbesondere bei unverschuldeter Not hilft. Zudem wird die Notwendigkeit größerer Investitionen in die Zukunft des Landes gesehen. In Bezug auf die Gleichstellung der Geschlechter wünschen sich viele Menschen eine aktivere gesetzgeberische Rolle der Politik. Darüber hinaus endet die staatliche Verantwortung aus Sicht der Mehrheit der Bürger\_innen weder an der deutschen noch an der europäischen Außengrenze: Menschenrechte, faire Arbeitsbedingungen und Nachhaltigkeit sollen in den internationalen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen in Zukunft stärker beachtet und eingefordert werden.

Damit liegt der Spielball bei der Politik, insbesondere der neuen Bundesregierung, die zwischen Krisenmodus und Fortschritt abwägend, die hohen Erwartungen der Bevölkerung an eine Zeit nach Corona erfüllen muss. Der Koalitionsvertrag sendet jedenfalls ein klares Signal für den Aufbruch und greift in vielen Bereichen die Wünsche der deutschen Bevölkerung auf, die sich trotz der andauernden Pandemie eine politische Neuaufstellung in vielen Themenbereichen wünscht. Mit ihrer Aufbruchsstimmung scheint die neue Bundesregierung dem Wunsch eines Großteils der Bevölkerung nachzukommen, in den Bereichen Neuerungen zu schaffen, in denen die Pandemie besonders große Missstände aufgezeigt hat. So waren die Missstände im Bildungsbereich ebenso wie der große Nachholbedarf in der Digitalisierung oder die Notwendigkeit von mehr bezahlbarem Wohnraum auch vor der Pandemie viel diskutiert. Dennoch hat die pandemische Notlage den Wandel ungleich schneller angestoßen, ein Moment, der im Koalitionsvertrag in vielen Projekten sichtbar wird.

Die hohe Zustimmung der Befragten zu den Projekten resultiert sicherlich auch zu einem Teil aus der per-

sönlichen Betroffenheit der vergangenen zwei Jahre unter Pandemiebedingungen. Die viele Zeit in der eigenen Wohnung hat den Stellenwert dieses Ortes sicherlich noch weiter erhöht. Und wenn die fehlende Digitalisierung die eigenen Kinder vom Unterricht abhält, rückt auch diese Baustelle weiter nach oben in der eigenen Wahrnehmung. Der Wunsch nach einem Zurück zum Leben vor der Pandemie scheint für viele Bürger\_innen durchaus mit dem Wunsch nach Veränderung in zentralen Politikbereichen einherzugehen. Die Ergebnisse zeigen, dass sich die Präferenzen der Befragten in weiten Teilen durchaus mit den Vorhaben der neuen Ampel-Koalition decken, die nun unter Beweis stellen muss, wie viele der ambitionierten Projekte sie erfolgreich umsetzen kann.

Die Ergebnisse verweisen aber auch auf die wichtige Rolle politischer Responsivität und Kommunikation an den Stellen, wo sich die Präferenzen der Bürger\_innen nicht mit den Vorhaben der Regierenden decken. Dabei kann die Position der Befragten – wie im Bereich innere Sicherheit – einerseits darauf aufmerksam machen, dass ein breit angelegter Dialog mit den Bürger\_innen notwendig ist, um das nötige Wissen um Mittel und Wege in der Bevölkerung zu verbreiten, aber auch, um ein genaues Bild der Bedürfnisse zu erhalten. Nur so kann beides im Idealfall in Einklang gebracht und durch einen faktenbasierten gesellschaftlichen Dialog eine belastbare Basis für einen breiten gesellschaftlichen Konsens geschaffen werden. Auf der anderen Seite zeigen die Ergebnisse der Befragung im Bereich Wohnen auch, dass es noch deutliche Lücken in der politischen Kommunikation von Maßnahmen gibt, die viele Bürger\_innen betreffen. Mietende müssen sich beispielsweise darüber bewusst sein, dass sie nicht vollständig für die Höhe ihrer Heizkosten verantwortlich sind. Solche komplexen Zusammenhänge, die als Grundlage für politische Entscheidungen dienen, müssen klar und deutlich in die Breite der Gesellschaft vermittelt werden. ←

# ANHANG A

# UNTERSUCHUNGSANLAGE

## **Grundgesamtheit:**

Wahlberechtigte Bevölkerung ab 18 Jahren in Deutschland

## **Erhebungsverfahren:**

Mixed-Mode-Befragung (CATI/CAWI)

## **Stichprobenanlage:**

CATI: repräsentative Zufallsstichprobe

CAWI: Quotenstichprobe aus Access-Panel

## **Erhebungszeitraum:**

23.2.–6.3.2021

## **Fallzahl:**

2.068 Interviews

## **Gewichtung:**

Designgewichtung und faktorielle Gewichtung nach sozio-demografischen Merkmalen

## ABBILDUNGSVERZEICHNIS

- 6 **Abbildung 1**  
Salienz politischer Ideen
- 7 **Abbildung 2**  
Alternative Politikideen – Investitionen und Verschuldung
- 9 **Abbildung 3**  
Alternative Politikideen – Wohlfahrtsstaatliche Leistungen
- 9 **Abbildung 4**  
Alternative Politikideen – Gleichstellung
- 11 **Abbildung 5**  
Alternative Politikideen – Wirtschafts- und Handelspolitik
- 11 **Abbildung 6**  
Alternative Politikideen – Sicherheit und Kriminalität
- 12 **Abbildung 7**  
Alternative Politikideen – Sonstige Themen

## LITERATURVERZEICHNIS

- Hans-Böckler-Stiftung 2021:** Corona und Gleichstellung: Neue Studie beleuchtet Wirkung auf Gender Pay Gap, Arbeitszeiten und Aufteilung von Sorgearbeit, Pressemitteilung 1.3.2021, <https://www.boeckler.de/de/pressemitteilungen-2675-corona-und-gleichstellung-31078.htm> (4.2.2022).
- Heinrich, Roberto; Jochem, Sven; Siegel, Nico A. 2017:** Zukunft des Wohlfahrtsstaates: Einstellungen zur Reformpolitik in Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12648.pdf> (4.2.2022).
- Kantar Public 2021:** Mehr Gleichstellung im Beruf, mehr Partnerschaftlichkeit im Privaten: Frauen- und Männerbefragung zu Fragen der Gleichstellung, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/176914/cb19d020cf65b063077bac142a0da39c/20210326-kantar-befragung-gleichstellung-data.pdf> (4.2.2022).
- Schulz, Leonie; Faus, Rainer 2022:** Gesellschaft im Corona-Stresstest: Sorgen und Hoffnungen in Zeiten der Pandemie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, <http://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/18758.pdf> (4.2.2022).
- Klinski, Stefan; Braungardt, Sibylle; Keimeyer Friedhelm 2021:** Teilwärmietenmodelle im Wohnungsmietrecht als geeignetes Anreizinstrument zum Klimaschutz? Kurzstudie zur rechtlichen und praktischen Machbarkeit, Umweltbundesamt, [https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte\\_178-2021\\_teilwarmmietenmodelle\\_im\\_wohnungsmietrecht\\_als\\_geeignetes\\_anreizinstrument\\_zum\\_klimaschutz.pdf](https://www.umweltbundesamt.de/sites/default/files/medien/479/publikationen/texte_178-2021_teilwarmmietenmodelle_im_wohnungsmietrecht_als_geeignetes_anreizinstrument_zum_klimaschutz.pdf) (9.2.2022).
- Venjakob, Maike; Wagner Oliver 2021:** Sozial nachhaltig? Verteilungswirkungen einer CO<sub>2</sub>-Bepreisung auf Privathaushalte, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, <http://library.fes.de/pdf-files/a-p-b/18578.pdf> (9.2.2022).



## WEITERE VERÖFFENTLICHUNGEN DIESER REIHE

### **Die Übergangenen: Strukturschwach & Erfahrungsstark**

→ [Eine Studie des Progressiven Zentrums und der Friedrich-Ebert-Stiftung](#)

### **Gesellschaft im Corona-Stresstest: Sorgen und Hoffnungen in Zeiten der Pandemie**

→ [Eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung](#)

### **An der Corona-Front: Die Erfahrungen der Altenpflegekräfte in neun europäischen Ländern – zusammenfassender Bericht**

→ [Berichte aus neun Ländern](#)

### **Lehren aus der Pandemie: Gleiche Chancen für alle Kinder und Jugendlichen sichern**

→ [Stellungnahme der Expert\\_innenkommission der Friedrich-Ebert-Stiftung](#)

### **Gute wissenschaftliche Politikberatung nach der Pandemie: Zehn Empfehlungen**

→ [Impulspapier für die Friedrich-Ebert-Stiftung, Netzwerk Wissenschaft](#)

### **Hat die Corona-Pandemie das bürgerschaftliche Engagement verändert?**

→ [E-Paper-Reihe Demokratie im Ausnahmezustand: Wie verändert die Coronakrise Recht, Politik und Gesellschaft?](#)

### **Ist die Schuldenbremse nach der Corona-Krise noch haltbar?**

→ [E-Paper-Reihe Demokratie im Ausnahmezustand: Wie verändert die Coronakrise Recht, Politik und Gesellschaft?](#)

### **Wie hat sich das parlamentarische Regierungssystem in der Krise geschlagen?**

→ [E-Paper-Reihe Demokratie im Ausnahmezustand: Wie verändert die Coronakrise Recht, Politik und Gesellschaft?](#)

### **Wer sind die Querdenker\_innen?**

→ [E-Paper-Reihe Demokratie im Ausnahmezustand: Wie verändert die Coronakrise Recht, Politik und Gesellschaft?](#)

### **Wie steht es um unsere Gesellschaft nach einem Jahr Pandemie?**

→ [E-Paper-Reihe Demokratie im Ausnahmezustand: Wie verändert die Coronakrise Recht, Politik und Gesellschaft?](#)

### **Antifeminismus in Deutschland in Zeiten der Corona-Pandemie**

→ [Kurzstudie – Forum Politik und Gesellschaft](#)

**Volltexte und weitere Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung unter [www.fes.de/publikationen](http://www.fes.de/publikationen)**



## Impressum

© 2022

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeberin: Abteilung Analyse, Planung und Beratung

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Fax 0228 883 9205

[www.fes.de/apb](http://www.fes.de/apb)

[apb-publikation@fes.de](mailto:apb-publikation@fes.de)

ISBN: 978-3-98628-088-8

Titelfoto: Bildmontage Heike Wächter

Bildmaterial: picture alliance / Zoonar | victoria chaikova

picture alliance / Sergey Nivens/Shotshop |

Sergey Nivens

picture alliance / abaca | TNS/ABACA

Gestaltungskonzept: [www.leitwerk.com](http://www.leitwerk.com)

Umsetzung/Satz: Heike Wächter, Berlin

Druck: Hausdruckerei, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn

→ Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet. Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfw Zwecke verwendet werden.

Die Coronapandemie legte die Stärken und Schwächen unseres Gemeinwesens offen und wirkte damit wie ein Katalysator für wichtige gesellschaftliche Debatten: Wie wollen die Menschen in Deutschland leben? Möchten sie so weiterleben wie bisher? Wo wünscht sich die Bevölkerung infolge der Coronapandemie Veränderungen? Wie weitreichend sollen diese sein? Was soll erhalten bleiben? Inwieweit soll sich die Politik zukünftig an mehr Gemeinwesen, Nachhaltigkeit, sozialer Vorsorge und Wertschätzung für systemrelevante Arbeitsbereiche orientieren? Diese und weitere Fragen standen im Zentrum des Erkenntnisinteresses unserer empirischen Studie.

Die Ergebnisse zeigen insbesondere den Wunsch nach einem starken Sozialstaat mit umfangreichen wohlfahrtsstaatlichen Leistungen, der den Menschen in Krisenzeiten und vor allem auch bei unverschuldeter Not hilft. Als wichtigste Aufgaben werden eine Gesundheitspolitik, die konsequent am Bedarf der Menschen und nicht an wirtschaftlicher Effizienz ausgerichtet ist, sowie mehr Investitionen in Bildung und Weiterbildung genannt.

Der Wunsch nach einem Zurück zum Leben vor der Pandemie scheint für viele Bürger\_innen durchaus mit dem Wunsch nach Veränderung in zentralen Politikbereichen einherzugehen. Im Vergleich mit dem Koalitionsvertrag der aktuellen Regierung fällt auf, dass sich viele Vorhaben der Regierung mit den Wünschen der Befragten decken. Der Fortschrittsgedanke des neuen Regierungsbündnisses passt zum Veränderungswunsch der Bürger\_innen. Allerdings geht auch ein klarer Auftrag aus den Bereichen hervor, wo sich die politischen Wünsche nicht mit dem Koalitionsvertrag decken: klare Kommunikation, um politisches Handeln zu erklären, sowie ein breit angelegter Dialog an den Stellen, die besonders schwierige Kompromisse notwendig machen. Der Gestaltungsspielraum für eine progressive Politik nach der Pandemie scheint aktuell weit geöffnet zu sein.

**ISBN 978-3-98628-088-8**

**FRIEDRICH  
EBERT**   
**STIFTUNG**